

senderen Orientierungsrahmen – nach, vielleicht überspitzt formuliert, „großen“ Politik- und Gesellschaftstheorien –, und geben ihrer Enttäuschung darüber Ausdruck, in „Spielarten des Kapitalismus“ nicht fündig zu werden. Die Notwendigkeit umfassender Orientierungsrahmen soll hier nicht bestritten werden. Aber die Theorien über Produktionsregime dürften hierfür die falsche Adresse sein. Sie leisten umso mehr, je niedriger man sie hängt, je besser sich ihr distinkter Kern identifizieren lässt und je distinkter daher auch die Hypothesen sind, die sich aus ihnen ableiten lassen. Eine Partialtheorie wie VoC hingegen zu einer umfassenden Politik- und Gesellschaftstheorie hochrücken zu wollen – das wäre Scheitern mit Ansage.

*Martin Höpner*

Busemeyer, Marius R., Bernhard Ebbinghaus, Stephan Leibfried, Nicole Mayer-Ahuja, Herbert Obinger und Birgit Pfau-Effinger. *Wohlfahrtspolitik im 21. Jahrhundert. Neue Wege der Forschung*. Frankfurt/New York. Campus 2013. 323 Seiten. 24,90 €.

Die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung gehört zu den Wachstumsbranchen der Sozialwissenschaften; dieser interdisziplinäre Umstand reflektiert zugleich die hohe reale Bedeutung des Themas, weil hier rund ein Viertel des BIPs beziehungsweise die Hälfte der gesamten Staatsausgaben zur Disposition stehen, was entsprechend massive politische Reaktionen hervorruft. Zugleich sind mit den berühmten „Welten der Wohlfahrt“ von Esping-Andersen oder der Analyse der Sozialausgaben etwa nach dem Modell der Heidelberger Schule um Manfred G. Schmidt

wichtige Referenzpunkte in der breiten Diskussion gesetzt. Gleichwohl ist angesichts der gravierenden gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Veränderungen eine systematische Bestandsaufnahme nötig, um die Basis für eine Weiterentwicklung und Neuausrichtung der Wohlfahrtspolitikforschung zu liefern. Das wird mit dieser „Bottom-Up-Denkschrift“ – so die Charakterisierung der Herausgeber –, angestrebt. In 15 Kapiteln werden von knapp 50 deutschsprachigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Forschungsstand, empfindliche Lücken und Perspektiven herausgearbeitet und dargestellt. Zur forschungsstrategischen Neuausrichtung, die die Autorinnen und Autoren propagieren, gehört vor allem die Überwindung des methodologischen Nationalismus, das heißt, der bislang vorherrschenden Konzentration auf den isolierten Nationalstaat. Stattdessen geht es ihnen um die Entwicklung einer Mehrebenenperspektive, um horizontale und vertikale Interdependenzen. Typisch dafür sind die Effekte der Europäisierung und der Globalisierung (Kapitel 3 und 8). Zugleich ist etwa die „Offene Methode der Koordinierung“ nicht nur ein externer Einfluss auf nationale Politik, sondern auch eine neue Steuerungsform und in gewisser Hinsicht „wahlverwandt“ mit dem internationalen Vergleich. Neben multiplen Raumbezügen im Sinne von „scales“ (86) sollten verstärkt die Mikrofundierung (beispielsweise Akteurspräferenzen) sowie die Verbindung der Mikro- und der Makro-Perspektive hinzukommen. Zugleich gilt es, die Steuerpolitik sowie die Wohnungs-, Familien- und die Bildungspolitik einzubeziehen. Das trifft auch für die globale Perspektive zu, denn auch jenseits

der OECD-Welt existieren ebenfalls wohlfahrtsstaatliche Strukturen, die bislang theoretisch wie empirisch unterbelichtet geblieben sind. Wichtige Hinweise ergeben sich zudem aus den Erkenntnissen der Vergleichenden Politischen Ökonomie. Im Rahmen der Varieties of Capitalism-Forschungen (97ff.) ist zum Beispiel das Interesse der Unternehmen an Sozialpolitik festgestellt worden, was den klassischen Machtressourcenansätzen widerspricht. Vor allem fünf Themenfelder werden identifiziert, deren intensivere Bearbeitung ansteht: erstens die zunehmende Vermarktlichung des Wohlfahrtsstaates und dessen Folgen für die sozialen Leistungen sowie die politischen Akteurskonstellationen; zweitens der Bedeutungsgewinn präventiver Sozialpolitik, sowie damit verbundener Konfliktlagen und Interdependenzen (etwa Bildung versus Soziales); drittens die Rolle von Migration im Wohlfahrtsstaat; viertens neue soziale Fragmentierung und Ungleichheiten durch Sozialpolitik, wie etwa die Bedrohung des Mittelstandes oder das Anwachsen eines Prekariats; fünftens die Legitimation sozialpolitischer Reformen und wohlfahrtsstaatlicher Wandlungsprozesse. Die Bestandaufnahme findet auf der aggregierten Ebene Wohlfahrtsstaat sowie auf der Ebene der wichtigsten Politikfelder – Gesundheit, Arbeitsmarkt, Pflege, Familie etc. – statt. Das Schema ist dabei weitgehend analog: Forschungsstand, Defizite, Perspektiven. Als ein Fazit kann gelten: „Ein wesentliches Merkmal der Veränderung der Wohlfahrtsstaaten besteht in einem Wandel hin zu aktivierenden und individualisierenden Sozialpolitiken.“ (140). Die Effekte sind ambivalent: Vermarktlichung und Privatisierung, sowie Leistungsver schlech-

terungen (etwa in der Arbeitsmarktpolitik) stehen der Ausweitung von Rechten und Dienstleistungen (etwa in der Familienpolitik) gegenüber. Zudem entstehen im Bereich Wohnen, Energie und Verbraucherschutz neue Regulationsbedarfe, wenn unter diesen neuen Bedingungen die sozialen Ziele nicht verfehlt werden sollen. Gerade in diesen Bereichen, sowie vor allem im Feld der Pflege mangelt es freilich an Daten. Andererseits stehen im Bereich Bildung, etwa mit PISA und Folgestudien umfangreiche Daten gegenüber, die Lage hat sich insgesamt erheblich verbessert. Das gilt auch und gerade für den deutschen Fall, hier besonders im Bereich der Arbeitsmarktdaten. Auffällig an der deutschen Forschungslandschaft ist im Übrigen die Aufspaltung auf unterschiedliche Lehrstühle und Fachbereiche, was eine interdisziplinäre Bearbeitung von Wohlfahrtsstaatspolitik erschwert. Was bleibt nach der Lektüre? Zum einen eine Fülle wichtiger Informationen zum Forschungsstand samt einem 70 Seiten umfassenden Literaturverzeichnis. Zum anderen der Versuch, zu bewerten und neue Perspektiven aufzuzeigen. Letzteres ist sehr ambitioniert und wohl ein sehr langfristiges Arbeitsprogramm. Hier wäre eventuell angesichts der finanziellen Restriktionen eine deutlichere Priorisierung angesagt. Schließlich hat die angestrebte Systematik ihren Preis: Einige Redundanzen sind unvermeidlich, und am Ende werden die Kapitel deutlich kürzer. Vor allem aber werden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Leser bleiben, für Studienanfänger, Sozialpolitiker und Journalisten ist es eine (zu) schwere Kost.

*Josef Schmid*